

„Unhaltbare“ Finanzausweisung

Kreistagskritik wegen knapper Unterhaltungsmittel für Bundes- und Landesstraßen

Von unserem Redaktionsmitglied
Matthias Kuld

Kreis Karlsruhe. Ganz ersprießlich und wenig erfreulich – der Technische Ausschuss des Kreistages befasste sich gestern in unterschiedlicher Weise mit dem Thema Straßenbau.

Unter „ersprießlich“ läuft der „Maßnahmenplan Landesstraßen“ für den Generalverkehrsplan, wonach in den nächsten zehn Jahren sechs prominente Vorhaben zur Realisierung vorgesehen sind. Es handelt sich um:

- den Neubau der Landesstraße 602 zwischen Rußheim und Huttenheim,
- den Ausbau der Ortsdurchfahrt Stettfeld (L 552),
- den Ausbau der L 560 zwischen Schloss Stutensee und der L 558,
- den Ausbau der L 623 („Autobahnzubringer Karlsbad“) sowie zwei weitere, größere Vorhaben. Das erste ist die Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs im Zuge der L 566 in der Nähe des Eppelsees bei Mörsch. Das Regierungspräsidium (RP) hat hierzu einen Vorentwurf in Arbeit, der Ende 2013 dem Ministerium vorgelegt werden soll. Noch eine Stufe dahinter – Vorplanung – befindet sich die Beseitigung eines anderen Bahnübergangs, nämlich dem im Zuge der Südwestumfahrung Weingartens. Hier ist laut RP vor allem eine Frage noch offen: Soll es über die Gleise gehen oder unten durch?

Im Ausschuss stieß diese Liste durchaus auf Zustimmung, wobei dem Landkreis, der sich bei den Städten und Gemeinden nach deren landesstraßenmäßiger Befindlichkeit erkundigt hatte, noch zwei Wünsche oben drauf packte. Da geht es zum einen um die Ortsumfahrung Forst (L 556) unter dem Blickwinkel, dass der A-5-Anschluss an der Tank- und Rastanlage Bruchsal geschlossen wird. Zum anderen kommt aus Bretten/Oberderdingen der Wunsch, die L 1103 direkt an die B 35 anzuschließen, was eine deutliche Entlastung für den Osten der Melanchthonstadt, für Knittlingen und Oberderdingen-Großvillars bringe.



DER BAHNÜBERGANG beim Epplesee nahe Rheinstetten-Mörsch im Zuge der Landesstraße 566 soll nach den Vorstellungen des Landes beseitigt werden. Das Regierungspräsidium erarbeitet derzeit einen Vorentwurf. Foto: Aläbiso

Wenig erfreulich sieht der Technikausschuss die wachsenden Defizite beim Unterhalt von Bundes- und Landesstraßen (siehe „Angemerkt“). „Unhaltbar“, „unmöglich“, „untragbar“ lauteten die Beschreibungen für folgenden Umstand. Bei der Verwaltungsstrukturreform haben die Kreise die betriebliche Unterhaltung sowie kleinere Reparaturen auch von Ampelanlagen bei Bundes- und Landesstraßen übernommen. Dafür gab es pauschale Zuweisungen, die nach Angaben des Landratsamtes mittlerweile gesunken sind und zudem auch nicht den unterschiedlich aufwendigen Winterdienst berücksichtigen. Durch entsprechenden Protest soll eine höhere Zuweisung erreicht werden.

Debatten um den Straßenbau werden in den Kreistagsgremien immer besonders engagiert geführt. Kein Wunder, sind doch die Kommunalpolitiker fast ausnahmslos auch Autofahrer. Zudem fällt das Engagement leicht, richtet sich doch die Kritik an Bund und Land. Mittlerweile nämlich schießt der Landkreis eine ganze Menge Geld in den Unterhalt der Straßen fremder Eigentümer.

Zu deutsch: Der Kreis kümmert sich um den Winterdienst und die Schlaglöcher auch auf Bundes- und Landesstra-

ßen und bekommt dafür nicht nur zu wenig, sondern zunehmend sogar weniger Geld erstattet.

Dieses Minusgeschäft für den Kreis hat mittlerweile ein Volumen von zwei Millionen Euro erreicht, die letzten Endes von den Gemeinden über die Kreisumlage mitbezahlt werden. Wie viel der Protest des Kreistages nutzt, wird sich zeigen. Der Bürger sieht an dieser Stelle aber wie Zuständigkeiten wandern, ohne dass die Mittel folgen. Ein Beispiel für Politik von oben nach unten.

Matthias Kuld

Angemerkt